

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 58 – Auswirkungen des Zukunftsinvestitionsgesetz

Dazu sagt die finanzpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 042.12 / 26.01.2012

Positive Bilanz und Arbeitsauftrag

Mit dem Zukunftsinvestitionsgesetz haben Bund, Land und Kommunen dazu beigetragen, unser Schiff Schleswig-Holstein ohne größeren Wassereinbruch durch die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu bugsieren. Das ist ein großer Erfolg, den man nicht klein reden soll.

Die Schwerpunkte waren gut gewählt. Das Maßnahmenpaket war aus konjunktureller Sicht richtig und das vereinfachte Vergabeverfahren ein notwendiges Begleitinstrument. Aufgrund der enormen Härte der Krise war es notwendig, schnell und unbürokratischer als sonst zu reagieren. Das Erfordernis der „Zusätzlichkeit“ haben die Kommunen erstaunlich gut und kreativ gemeistert. Ein Lob auch dafür an die KommunalpolitikerInnen. Sie haben erneut Großes geleistet, um das Beste für ihre Kommunen rauszuholen. Durch schnelles und flexibles Handeln ist es gelungen, das eng gesteckte Zeitfenster bis Ende letzten Jahres optimal zu nutzen.

Besonders anzuerkennen ist auch, dass Land und Kommunen – über die erforderliche Kofinanzierung hinaus – weitere 54 Millionen Euro an Haushaltsmitteln investiert haben. Es zeigt sich, dass etwas bewegt werden kann, wenn gemeinsam an einem Strang gezogen wird. Das müsste für die Regierung ein Ansporn sein, auch in anderen Bereichen gemeinsam mit den Kommunen schlüssige Konzepte auszuarbeiten und umzusetzen – vor allem bei Investitionen in den Klimaschutz! Aber scheinbar braucht es erst den Anstoß aus Berlin, damit diese Regierung in Wallung kommt.

Die Kommunen haben in stürmischer See klug gehandelt. Mit dem Schwerpunkt Bildungsinfrastruktur konnte viel bewegt werden. Außerdem wurden notwendige energeti-

sche Sanierungsmaßnahmen umgesetzt. Das spart zukünftig Energiekosten und ist nachhaltig. Bei meinen Gesprächen vor Ort mit BürgermeisterInnen wurde mir bestätigt, dass das Investitionspaket dazu beigetragen hat, den Investitionsstau im Bildungsbe-
reich zu lindern. Einen Investitionsstau, den das Deutsche Institut für Urbanistik für die Jahre 2006 bis 2020 auf bundesweit 704 Milliarden Euro beziffert hat.

Abwasser, Verwaltungsbau, energetische Sanierung, Schwimmbäder, Schlaglöcher in kommunalen Straßen – überall besteht Handlungsbedarf. Die Kommunen haben in den letzten Jahren erheblich unter sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben gelitten. In Schleswig-Holstein wurde die finanzielle Situation durch den Eingriff in den Kommunalen Finanzausgleich deutlich verschärft.

So richtig und notwendig das Zukunftsinvestitionsgesetz war, so falsch wäre es, die Augen vor den weiteren Aufgaben zu verschließen. Deshalb hat meine Fraktion die Landesregierung aufgefordert, einen schriftlichen Bericht zum kommunalen Investitionsbedarf vorzulegen. Im März wird sich der Landtag damit beschäftigen.

Die Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes lässt drei Schlussfolgerungen zu:

- Wenn Kommunen die finanzielle Möglichkeit gegeben wird, in ihre Gebäude zu investieren, belebt dies in der Regel das örtliche Handwerk und spart mittelfristig Energiekosten ein.
- Solide Haushaltspolitik ist eine Mischung aus Sparen und Investieren. Dieses sollten wir auch berücksichtigen, wenn wir unsere Erwartungen an die anderen europäischen Länder formulieren. Auch sie werden die Wirtschaftskrise nicht allein durch Gegenansparen meistern. Sie müssen die Möglichkeit haben, klug und nachhaltig zu investieren.
- Energetische Sanierungsmaßnahmen senken nicht nur die Energiekosten. Sie sind zwingende Grundlage, um die Klimaschutzziele des Landes zu erreichen. Die Kommunen haben den Anfang gemacht. Das Land muss nachziehen. Der Klimaschutzbericht des Landes benennt die Notwendigkeit, jährlich 25 Millionen Euro in die Landesliegenschaften zu investieren, um das Klimaschutzziel zu erreichen. Das ist eine Herkulesaufgabe.

Der vorliegende Bericht ist also positive Bilanz und Arbeitsauftrag in einem. Die sich durch den Bericht ziehende Lobhudelei der Landesregierung ist hingegen völlig unangebracht. Wer´s nötig hat, hat´s nötig!
